



## LehrerInnen-Dienstrecht darf keine Arbeitszeitmogelpackung sein

ÖLI-UG am 22.3.2013 an JournalistInnen, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen:

**Bei jedem Gesetzesantrag ist in Österreich die finanzielle Auswirkung anzugeben. Wir fordern davor die Darstellung der sich daraus ergebenden Arbeitszeitänderungen. Auch bei Erlässen/Verordnungen.**

Bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Verordnung, jedem Erlass und jeder Anordnung/Weisung müssen nicht nur – wie bei Gesetzen üblich – die finanziellen Auswirkungen vorher dargelegt werden, sondern auch die **Auswirkungen auf die Arbeitszeit**: Wieviel Arbeitszeit von wem ist dafür erforderlich und wie wird diese abgegolten oder welche bisherigen Arbeiten sind stattdessen nicht mehr zu machen? LehrerInnen müssen durch Gesetze/Erlässe **motiviert** und nicht

durch Überlastung frustriert werden. Und BM Schmieds Schreiben zur **Wirkungsorientierung** ist ebenfalls zu berücksichtigen und darzulegen: Welche Wirkung hat die Maßnahme

- auf die LehrerInnen,
- auf die SchülerInnen/Studierenden,
- auf die Eltern,
- auf die Gesellschaft.

Österreichische LehrerInnen Initiative  
- Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, ÖLI-UG,  
[www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at), [a@oeli-ug.at](mailto:a@oeli-ug.at),  
0680 2124358, J.G.Fuchsbauer

Mitte März richtete Bundesministerin Claudia Schmied ein Schreiben an alle BMUKK-MitarbeiterInnen mit dem Titel „**Wirkungsorientierung**“ „... Steuerungslogik der öffentlichen Verwaltung auf neue Grundlagen stellt. Ausgangspunkt aller Überlegungen dabei sollten die beabsichtigten und durch die Maßnahmen erzeugten Wirkungen in der Gesellschaft sein und nicht, wie bisher, eine oft sehr starke Orientierung an finanziellen u. personellen Ressourcen. Die vom BMUKK angestrebten Wirkungen für die Gesellschaft drücken sich in [...] Wirkungszielen aus: Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler, Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen ...“

Wollen wir ein neues Dienstrecht, in dem uns weiterhin DirektorInnen einkochen können?

Völlige Fehleinschätzung der aktuellen Lage eines Optimisten...

Wenn sich auch manches verschlechtert hat,  
so ist uns dennoch warm ums Herz!



Personalführung ist die Kunst, den Mitarbeiter so schnell über den Tisch zu ziehen, dass er die Reibungshitze als Nestwärme empfindet.

Editorial

Zeit ist Geld, mehr noch: Arbeitszeit ist Lebenszeit.  
Neue und zusätzliche Aufgaben sind nicht kostenneutral!

Nach dem x-ten Geheimgespräch zwischen Ministeri(nn)en und LehrerInnengewerkschaftern berichteten die Medien (zB) am 22.3. vor allem unter dem finanziellen Aspekt. Laut den Medienberichten versucht das BMUK den arbeitszeitlichen Aspekt herunterzuspielen.

Was aber Unterricht und Lernbetreuung vor allem braucht, ist **Zeit**. Was die geforderte Individualisierung (alle Talente nutzen!) vor allem braucht, ist **Zeit**. Die letzte umfassende Arbeitszeiterhebung bei LehrerInnen war vor mehr als 13 Jahren ("Lehrer2000") und wurde von Regierung+Gewerkschaft finanziert und von SORA durchgeführt. Seither wurde einerseits die Unterrichtszeit erhöht (für KV, KustodInnen) andererseits die Bezahlung verringert (MDL, Prüfungsgebühren, Maturavorbereitung, (Fast)Nulllohnrouden, usw), aber vor allem die außerunterrichtliche Arbeitszeit erhöht (Schulentwicklung, Qualitätssicherung, Bildungsstandards, Kompetenz-Lehrpläne, Individualisierung, (Cluster-)Fächerkoordination, usw). In dieser Situation ein Dienstrecht mit 9-10% Erhöhung der Unterrichtsstunden vorzulegen und nun schon fast ein Jahr lang zu verteidigen, ist Dauerdemotivation für die LehrerInnen. Und in diesem Dienstrechtswurf alle außerunterrichtlichen Tätigkeiten ohne Zeit- und Bezahlungsrelevanz gratis einzufordern, ist unmenschlich.

Alte und neue Aufgaben, Gesetze, Verordnungen, Erlässe - der Dienstgeber hat seit Beginn der restriktiven Budgetpolitik zu jeder Neuerung die finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen. Kostenneutral soll's sein, und der Rechnungshof wacht darüber. Wir gehen nun einen arbeitnehmerInnen-freundlichen Schritt weiter und fordern für jede Anordnung des Dienstgebers, für jede Dienstenteilung, bei jeder Weisung die Angabe der **dafür notwendigen Arbeitszeit** und Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die **zusätzliche Arbeitszeit die Normalarbeitszeit nicht überschreitet**.

Um das zu erreichen, brauchen wir eine kampfbereite GÖD!  
Schaffen wir sie gemeinsam! Meint: 's ÖLI-Team

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, [a@oeli-ug.at](mailto:a@oeli-ug.at), 06802124358, 4643 Pflasterweg 7. Redaktion: Gary Fuchsbauer u.d. Artikelautoren. Auflage: 7000. Kreidekreis = ÖLI-UG-Informations-/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns durch unsere LeserInnen: PSK (60000) 78420320, IBAN: AT526000000078420320, BIC: OPSKATWW

## Neues LehrerInnen-Dienstrecht: Demokratisch-fair statt feudal-absolutistisch!

### ÖLI-UG fordert Demokratie-Tauglichkeit eines neuen LehrerInnen-Dienstrechts ein!

Das Schulrecht wurde demokratisiert (Schul- und Klassenforen, Schulgemeinschaftsausschüsse, ...), das Dienstrecht der LehrerInnen ist aber **nach wie vor autoritär strukturiert** und ermöglicht hierarchischen Strukturen einer längst vergangenen Zeit das Berufsleben von Lehrerinnen und Lehrern zur Hölle zu machen.

Ein **umfassendes Weisungsrecht** legt es in die Hände von Vorgesetzten, LehrerInnen ihrer Dienststelle alles abverlangen zu können, was nicht gegen das Strafrecht verstößt.

Dass viele Vorgesetzte ihre Funktion konsensorientiert, kollegial und wertschätzend wahrnehmen, zeigt wie überholt dieses autoritäre Weisungsrecht ist, denn es öffnet Schikanen und fast grenzenloser Mehrarbeit Tür und Tor. An vielen Schulen findet man eine gute Arbeitsatmosphäre vor, die PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen der ÖLI-UG werden aber auch laufend von Zuständen informiert, die einer demokratischen Schule Hohn sprechen. Mittels mündlicher und schriftlicher Weisung kann LehrerInnen beinahe alles verboten oder angewiesen werden.

So wurde z.B. einem Lehrer auf diesem Weg verboten, mit einem Kollegen überhaupt zu kommunizieren.

Andere werden mit endlosen Arbeitsaufträgen überhäuft und so wesentlich in eine Arbeitsüberlastung getrieben, die nicht selten mit Zwangspensionierung aus „psychischen Gründen“ endet. Befolgt eine pragmatisierte Lehrkraft im Österreich des 21. Jahrhunderts eine Weisung nicht, stellt dies eine **Dienstpflichtsverletzung** dar und wird mittels eines **autoritären Disziplinarrechts** verfolgt. Die stimmberechtigten Lehrer-VertreterInnen in den Disziplinarkommissionen werden fraktionell besetzt und sind ansonsten dienstlich den InspektorInnen untergeben, die daher selber kein Stimmrecht in den Kommissionen benötigen, um ihren Willen durchsetzen zu können. Neben hohen Geldstrafen kann auch die Strafe der Entlassung (Verlust der beruflichen Existenz) verhängt werden. Folgt auch die Oberkommission dem Spruch der Disziplinarkommission, steht die zitierte Lehrkraft auf der Straße, ohne ein Arbeitsgericht anrufen zu können wie andere ArbeitnehmerInnen.

Die Besuche eines Bezirksschul-Inspektors waren z.B. so gefürchtet, dass sich Lehrerinnen am Morgen aus Angst vor einem eventuellen „Besuch“ übergeben mussten. Trotz Veröffentlichung dieser Missstände deckte der betreffende Bezirksschulrat den umtriebigen Inspektor. Manche Lehrkräfte erhielten wegen Kleinigkeiten empfindliche Geldstrafen. Diese Form der Justiz ist willkürlich! Mangels Arbeitszeitregelung können Lehrkräfte zu unbezahlter Nacharbeit (Konferenzen, Sprechtag, ... am Tag, Korrektur-/Vorbereitungsarbeiten nachts) gezwungen werden. Ebenso zu Reinigungsarbeiten im und um das Schulhaus.

Die ÖLI-UG fordert daher eine **Einschränkung des bisherigen Weisungsrechts** von Vorgesetzten auf **definierte Bereiche** wie das Abwenden von Gefahr in Verzug und die Möglichkeit effektiver Hilfe für Betroffene schon zu Beginn solcher Willküraktionen durch unabhängige Ombudsleute. Eine **taxative Aufzählung der Dienstplichten** würde die Möglichkeit von Schikanen durch Arbeitsüberhäufung per Weisung hintan halten und wird deshalb ebenfalls gefordert, sowie das **definierte Recht** jeder Lehrkraft, in Konfliktfällen mit Vorgesetzten eine **Vertrauensperson** zu Gesprächen mit Vorgesetzten **beziehen zu dürfen**.

Die SchülerInnen leben seit vielen Jahren in einem demokratischen Schulrecht. Die LehrerInnen leider in einem undemokratischen, autoritären Dienstrecht, das keineswegs die Betroffenen schützt!  
**Ein neues Dienstrecht muss mit diesen Zuständen endlich Schluss machen!**

## Parteibuchwirtschaft

ist eine besonders widerliche Form der **Korruption**



ÖLI-Vorsitzender

Wilfried Mayr, [mayr@oeli-ug.at](mailto:mayr@oeli-ug.at)

Die gelernten ÖsterreicherInnen wissen es alle: Sobald ein öffentlicher Posten nennenswerte Bedeutung hat, spielt die Parteibuchwirtschaft mit. Früher gab es nur die schwarze und rote „Reichshälfte“, spätestens seit Blauschwarz ab dem Jahr 2000 wissen wir, dass die FPÖ-PolitikerInnen ihren KollegInnen nicht nur in nichts nachstanden, sondern sie sogar noch übertreffen konnten.

**Korruption** bezeichnet Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsannahme und -gewährung. Der Politikwissenschaftler Harold Dwight Lasswell definierte Korruption als **destruktiven Akt der Verletzung des allgemeinen Interesses zu Gunsten eines speziellen Vorteils** in einer Position öffentlicher oder ziviler Verantwortung. Der em. o. Univ.-Prof. **Werner Doralt** zeigt

te vergangenen Dezember in der „Presse“ auf, wie sich Vizekanzler Spindelegger einerseits in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung klar gegen Parteibuchwirtschaft aussprach, auch mit Hinweis auf einen neuen „ÖVP-Verhaltenskodex“, gleichzeitig aber zuließ, dass Finanzministerin und oö. Landeshauptmann statt eines eindeutig besser qualifizierten Uni-Professors aus Innsbruck (parteionabhängig) einen CV-er und Fekter-Pühringer-Berater in das Amt des nächsten neuen Verfassungsrichters hievt. Spindelegger gleichzeitig: „Für ein Mitglied des VfGH zählt für mich ausschließlich die Qualifikation.“ Doralt schildert auch den Fall eines Bewerbers im öffentlichen Dienst, bei dem ein ÖVP-Funktionär erschien und ihm erklärte, den Posten bekomme er nur, wenn er der Partei beitrete „oder zumindest dem CV“. Doralt nennt so etwas Ungeheuerlichkeit und Schamlosigkeit. Es ist ein Unterschied, ob man eine bestimmte Partei wählt und sich ihr verbunden fühlt oder ob man gezwungen wird, ihr beizutreten, um seine Berufschancen zu wahren. Zynisch und verlogen zugleich empfindet Doralt das



oft gehörte Argument, dass Parteinähe kein Nachteil sein dürfe: „So werden Wahrheiten verdreht und Günstlinge zu potentiellen Opfern stilisiert“.

Die ÖsterreicherInnen regen solche Sachen nicht besonders auf, weil sie sie gewohnt sind. Für wichtige Ämter und Funktionen braucht man das „richtige“ Parteibuch, das weiß aber wirklich schon jede/r. Wer kennt nicht Bezeichnungen wie „roter Bezirk“, „schwarzes Bundesland“? In Gewerkschaften und Kammern ist die „colore Qualifikation“ genauso wichtig wie für die Leitung von Banken, Versicherungen, Verwaltungsabteilungen. **Dass für diese Missstände aber letztlich die Milliarden der SteuerzahlerInnen erhalten müssen, dass die Übergangenen mit ihren Steuerleistungen ihre unfaireren Mitbewerber mitfinanzieren müssen, machen sich die Wenigsten klar.**

Was unser Schulwesen angeht, bedeutet von der Schulaufsicht aufwärts das „falsche Parteibuch“ ein „No go“. Sogenannte Objektivierungsverfahren sind über die Besetzung des „Assessment Centers“ locker steuerbar. Bei DirektorInnen- und Schulwartsposten scheint es in letzter Zeit etwas besser geworden zu sein. Dass sich aber bei diesen Gesamtzuständen trotz Wissens kaum jemand genügend schämt, um sich aufzuregen, das zeigt, wie verrottet die diesbezügliche Moral ist. Parteibuchwirtschaft ist eine besonders widerliche Form der Korruption!

## Sozialindex für bessere Schule



Danke für die Abdruckgenehmigung von **eingSCHENKt, Martin Schenk**, 6.3.2013, aus: AUGUSTIN. Die erste österreichische Boulevardzeitung - 3/2013. [www.augustin.or.at](http://www.augustin.or.at)

In äußerst beengten Verhältnissen und überbelegten Wohnungen ist es für die Kinder schwieriger, Aufgaben zu fokussieren. Aber es muss gehen. Die älteste Tochter von Frau Kellner, Petra, passt auch an vier Nachmittagen auf die kleineren Geschwister auf.

Da ist die Mutter bei der Arbeit. Und wenn die Mutter nicht mehr kann, springt sie ein. „Im letzten Winter haben sie uns den Strom abgedreht“, erinnert sich Bettina Kellner. Es war bitter kalt in der Wohnung. „Die Kinder haben geweint.“ Und wochenlang nicht gelernt. „Petra, jetzt 15, fühlt alles akut mit, sieht, dass wir mit den täglichen Aufgaben allein dastehen. Nahe Verwandte in der Nähe gibt es nicht und meine Mutter ist selbst bettlägerig.“ Das Mädchen ist mit der Schule und den Herausforderungen der Pubertät eigentlich überfordert,

knickt immer wieder ein, wird krank und von lähmender Müdigkeit befallen. Es ist nicht 1 Faktor, der zu schlechten Schulleistungen führt. Es ist auch nicht 1 Faktor, der Kinder aus ökonomisch benachteiligten Familien geringe Aufstiegschancen beschert. Es ist die Kombination aus einem Bündel von Kriterien: Eine überbelegte Wohnung fällt zusammen mit einer Halbtagschulordnung. Wenig Einkommen trifft auf ein einkalkuliertes Nachhilfesystem. Keine Unterstützung zu Hause kommt mit eigener Erschöpfung und Unkonzentriertheit zusammen. Und schlecht ausgestatteten Schulen vereinen sich mit einem sehr selektiven Schulsystem. 11% der Volksschulen, 17% der Hauptschulen und 2% der AHS weisen eine hohe soziale Benachteiligung auf. Wenn geschlossene „Ausländerklassen“ zum Deutschlernen errichtet werden, wenn mehrsprachige Begleitlehrer\_innen an allen Ecken fehlen, wenn leistungshomogene Restklassen entstehen, wenn die Klassen überfüllt sind, wenn die Raumarchitektur flexible Lernformen nicht zulässt – dann hilft das niemandem. Trotz der im europäischen Vergleich geringen Kinderarmut schneidet Österreich in der sozialen Mobilität „nach oben“ nur durchschnittlich ab. Die soziale Herkunft entscheidet überaus stark den weiteren Lebensweg. Eine Möglichkeit da etwas zu verbessern, ist, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken besonders gut auszustatten, damit sie

keine Schüler\_innen zurücklassen und für alle Einkommenschichten attraktiv bleiben. Mit dieser schulpolitischen Intervention kann zwar die Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Wohngebieten nicht aufgehoben werden, - die liegt ja in der Einkommens- und Wohnpolitik, aber es kann in den Schulen einiges verbessert werden. Die Niederlande, Zürich, Hamburg und auch Kanada haben mit einer indexbasierten Mittelzuteilung gute Erfahrung gemacht. Mit einem solchen Sozialindex, der unter anderem Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern umfasst, würde eine Schule um einen bestimmten Prozentsatz x mehr an Ressourcen bekommen. Mehr Geld bedeutet aber nicht unbedingt, dass sie qualitativ besser werden. Deswegen muss jeder Standort ein Konzept entwickeln, wie er die Ressourcen am sinnvollsten einsetzt. Und nach einer Zeit wird überprüft ob die Maßnahmen helfen. Die Vorteile sind: Schulische Autonomie und Demokratie wird gefördert und Anreize für engagierte Pädagoge\_innen gesetzt. Das zählt sich aus: Bessere Leistungen, mehr Chancen und attraktivere Schulen.

Tipp: Schulindex 100plusx auf [www.armut.at](http://www.armut.at)

Anmerkung: Siehe auch "Alarmzeichen: Kaum Chancen auf Bildungsaufstieg" in: <http://news.orf.at/#/stories/2172615/> und [news.orf.at/stories/2172492/2172490/](http://news.orf.at/stories/2172492/2172490/)

## Gesamtschule, pfiat di, tschau, ba-ba! NMS könnte Aus für Gesamtschuldiskussion bedeuten



**Andreas Chvatal**, [chvatal@oeli-ug.at](mailto:chvatal@oeli-ug.at),  
HS-Lehrer in Wien, Befürworter der Gesamtschule.

Jahrzehntelang gab es in Österreich in der Diskussion um die Gesamtschule nicht die geringste Entwicklung. Einem großen Teil der österreichischen Bevölkerung ist offensichtlich nicht bewusst, dass es diesbezüglich was zu diskutieren gibt. Nämlich, dass die am meisten benachteiligten Kinder im bestehenden Schulsystem unausweichlich zum gesellschaftlichen Risikofaktor werden. Kein ernstzunehmender Schulabschluss. Kein Job. Kein... das wollen wir gar nicht wissen. Die Zahl der Betroffenen wächst beständig. Die Gesamtschule kann dieser Entwicklung entgegenwirken und zwar ohne Nachteile für die Leistungsfähigeren.

Die politischen Kräfte der Alpenrepublik haben sich jedoch in Positionen verspreizt, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema nicht eben erleichtern.

Die ÖVP sieht sich als Schutzheilige der AHS. Die Erhaltung des bürgerlichen Bildungsmonopols gilt ihr als wichtiges Ziel. Laut ÖVP funktioniere das „differenzierte“ Schulsystem bestens, was etwa an der Qualität der Landhauptschulen erkennbar sei, die mit AHS im städtischen Bereich ohne weiters konkurrieren könnten. Kurz: Wo die ÖVP für das Schulsystem zuständig ist, laufe alles blendend. Für den hausgemachten Schlamassel, den andere Parteien in ihren Bereichen anrichten, kann die ÖVP natürlich keine Verantwortung übernehmen. Eine Gesamtschule sei unnützlich, und zwar deshalb, weil im bestehenden System ohnehin niemand benachteiligt würde! Es geht eben nichts über ein ordentlich hypertrophes Selbstbewusstsein.

Seit der kärntner Landtagswahl 2013, heißen die besagten anderen Parteien wieder überall SPÖ. SozialdemokratInnen waren immer schon für eine Gesamtschule, nur leider haben sie nie etwas dafür getan. Nachdem alle ihre ParteifunktionärInnen daran erinnert worden waren, dass

sie schon immer für eine Gesamtschule waren, legte die SPÖ ihre Position fest. Ihr „Ja“ zu einer Gesamtschule wurde außer Zweifel gestellt. Allerdings, so wird eingeschränkt, könne diese nicht von heute auf morgen erreicht werden. Nein, eine Gesamtschule müsse sich langsam entwickeln. Behutsame Überzeugungsarbeit sei erforderlich, um den Eltern zu vermitteln, dass eine Gesamtschule besser sei als die AHS. Und so etwas dauert halt. Jahre, Jahrzehnte, wer weiß? Bis es so weit ist, kann an der Hauptschule nach Lust und Laune herumreformiert werden.

Und so war es an der SPÖ, den Stillstand in Sachen Gesamtschule zu beenden und endlich Bewegung zu erzeugen. Bedauerlicherweise handelte es sich dabei um einen Rückschritt. Die Umwandlung der HS in NMS könnte das endgültige Aus für die Gesamtschuldiskussion bedeuten.

Landauf, landab haben von der NMS Begeisterte damit begonnen, sechs zusätzliche LehrerInnenstunden pro NMS Klasse in Empfang zu nehmen, um diese Innovationszwecke zu widmen. Ihr Eifer kennt keine Grenzen. Gleiches gilt für ihre Bereitschaft, als Dank für die Manna-Stunden, jegliche Anforderung des NMS Konzepts kritiklos zu akzeptieren. Daher: Ganztägige Betreuung in einem dafür ungeeigneten Schulgebäude – kein Problem! Überstülpung des AHS Beurteilungssystems auf klassische HS Kinder – schaffen wir schon! (12 positive HS Noten werden durch vier, von der AHS abgekupferte Beurteilungsstufen ersetzt. Warum die diesbezügliche Schielrichtung zur AHS so wichtig ist, weiß wahrscheinlich nur der innerste Kreis der NMS ExpertInnen. Was ist so gut am AHS Notensystem?)

Der Prozess wird sich über Jahre hinziehen. Wenn er abgeschlossen ist, werden wir der Gesamtschule nicht das kleinste bisschen näher sein. Im Gegenteil. Viele LehrerInnen, die eine Gesamtschule wollen, werden ihr Engagement in die Entwicklung ihres eigenen NMS Standorts investieren, in der Annahme, dass sie damit zu einer – wie schon erklärt langwierigen – Entwicklung einer Gesamtschule beitragen. Wenn am Ende der Langwierigkeit dann, allen Bemühungen zum Trotz, doch keine Gesamtschule herauskommt, kann die Schuld der ÖVP zugeschoben werden. Da werden sich die Schwarzen aber ärgern.

Absurderweise will die SPÖ eine Gesamtschule durch eine klassische neoliberale Strategie herbeiführen, den Verdrängungswettbewerb. Wenn die HS erst den Vorstellungen der SPÖ entsprechend optimiert wäre, würden die Eltern gar nicht

anders können, als der AHS den Rücken zu kehren. Die Tatsache, dass schon zwei auf dieser hochkarätigen Theorie basierende Versuche im Sand verlaufen sind, hindert die SPÖ nicht, daran festzuhalten. Nach den erfolglosen Schulverbänden der 90er Jahre und der furchtbar innovativen Wiener Kooperativen Mittelschule (KMS) des letzten Jahrzehnts, wird nun bundesweit die ressourcenstrotzende NMS ins Rennen geschickt, um es mit der AHS endgültig aufzunehmen. Es muss wohl bezweifelt werden, dass diese Rechnung aufgehen wird.

Immerhin hat die AHS ihrer Klientel den einen oder anderen Vorteil zu bieten. Ihre vorselektierte SchülerInnenpopulation, die systematisch einem relativ hohen Leistungsdruck ausgesetzt werden kann, ist ein sicherer Schutz gegen das Eindringen von „Unerwünschten“. Die AHS Klientel bevorzugt es, unter sich zu bleiben! Die Ablehnung der Gesamtschule durch die meisten AHS Eltern ist zwar asozial aber verständlich. Sie hätten ja wirklich etwas zu verlieren. Dass ihre Kinder in der Gesamtschule Kontakt mit „Unerwünschten“ haben sollten, ist für sie nicht vorstellbar. Deshalb werden Eltern, die die AHS wollen, einfach nur ihre Kinder weiter dorthin schicken und alles wird bleiben wie es ist. Einer Gruppe, die den eigenen Vorteil als zentralen Punkt ihrer Vorstellung des Bildungssystems sieht, wird schwerlich nahezubringen sein, dass sie mitverantwortlich ist, für die sozialen Probleme, die durch das Scheitern vieler „Unerwünschter“ entstehen. AHS SchülerInnen werden bei Zeiten über Existenz und Funktion von „Unerwünschten“ aufgeklärt. Blieben sie von dieser Art Sozialisation verschont, wäre ihnen völlig egal, ob sie in die AHS- oder GesamtschülerInnen sind.

Und die HS/NMS LehrerInnen? Bei den Personalvertretungswahlen stimmten zuletzt etwa 55% der PflichtschullehrerInnen für die ÖVPnahe FCG. Es ist zwar nicht möglich festzustellen, wie viele davon HS/NMS LehrerInnen sind, aber es darf vermutet werden, dass eine gute Hälfte von diesen FCG WählerInnen und wahrscheinlich GegnerInnen der Gesamtschule sind. Bleiben also SPÖ/FSG SympathisantInnen und die WählerInnen der ÖLI-UG (13%), die die Gesamtschule gut fänden. Leider aber haben viele von ihnen gerade keine Zeit dafür, weil sie an ihrem Schulstandort so furchtbar viel zu tun haben, unter anderem natürlich mit der Schulentwicklung für die NMS.

Das Zusammenwirken der Ablehnung der konservativen Eltern und LehrerInnen und der Ablenkung vieler anderer durch die NMS, hat das Potential, schon bald das Ende der Gesamtschuldiskussion her-

beizuführen. Die einen wollen von Gesamtschule nichts wissen, und die anderen werden noch vergessen, worum es sich dabei handelt. Glücklicherweise kann die Gesamtschule kurz und prägnant beschrieben werden, was die Chance erhöht, dass die Erinnerung an sie doch noch ein wenig länger fortleben könnte: Die Gesamtschule müsste AHS und HS vollständig ersetzen. Es gäbe dann keine AHS mehr und auch keine HS/NMS. Alle Kinder im Alter von 10 bis 14 würden die gleiche Schulform besuchen. In vielen Ländern gibt es Gesamtschulsysteme. Viele von ihnen sind äußerst erfolgreich. Um ein solches sollte sich Österreich bemühen.

Dabei muss klar sein, dass die Einführung der Gesamtschule jede Menge Probleme zur Folge hätte. Allerdings – und das ist entscheidend – würde die Befassung mit diesen Problemen und vor allem deren Lösungen, unausweichlich der Verbesserung des Gesamtsystems dienen und somit allen zugute kommen. So wären etwa genaue Überlegungen notwendig, wie extrem unterschiedlich leistungsfähige SchülerInnen gleichzeitig und in der selben Klasse optimal gefordert und gefördert werden können. Die schon bestehenden Ansätze in Richtung Individualisierung und Differenzierung des Unterrichts müssten profund weiterentwickelt werden.

Hier kann die derzeit bevorzugt angewandte Schulentwicklungstheorie wertvolle Dienste leisten. Diese basiert bekanntlich auf einer künstlich erzeugten Konkurrenz zwischen Schulstandorten, die sich die Schulen im Rahmen der Schulautonomie zunutze machen sollen. Der Wettbewerb würde die Schulen zu ständiger Verbesserung ihres Angebotes zwingen, wodurch das System insgesamt optimiert würde. (Stimmt zwar nicht, klingt aber wirklich gut.) Ein systematisches und beharrliches Nichtbefolgen dieser Theorie würde sehr wahrscheinlich schnell zu emanzipativen Lösungsansätzen führen. Solange wir gegeneinander arbeiten, können wir niemals auch nur in die Nähe eines sozial gerechten Schulsystems kommen!

Erschwerend für die sachliche Auseinandersetzung mit der Gesamtschule sind auch völlig überzogene Erwartungen hinsichtlich dessen, was diese unmittelbar zu leisten imstande wäre. So ist die oft geäußerte Vorstellung, dass die Gesamtschule, die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Verhältnissen quasi im Nu beenden würde, regelrecht kontraproduktiv. Zweifellos muss das Hauptziel sein,

möglichst vielen Kindern Zugang zu besserer, vielleicht höherer Bildung zu ermöglichen. Die Vorstellung aber, dass GesamtschülerInnen durch das bloße Überschreiten einer Schultürschwelle emanzipiert würden, ist völlig unrealistisch. Eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit durch die Gesamtschule wäre wohl erst über einen langen Zeitraum erkennbar.

Auf dem Weg zu einer funktionierenden Gesamtschule lägen viele Schwierigkeiten. Entscheidende Fragen wurden noch nicht einmal diskutiert, was wohl der Tatsache geschuldet ist, dass sie noch gar nicht gestellt wurden. Z. B:

.) Sollen Gesamtschulen prinzipiell ganztägige Betreuung anbieten oder überhaupt Ganztagschulen sein? Die Verknüpfung von Gesamt- und Ganztagschule lässt die Umsetzung von beiden noch unrealistischer erscheinen.

.) Inwieweit wären Integration und Inklusion zu verwirklichen? Dazu müsste vor allem geklärt werden, was genau Inklusion sein soll. Ein kleiner Denkanstoß: In einer echten Gesamtschule, gäbe es unausweichlich vielfältige Probleme mit SchülerInnen, die sich ihrer reibungslosen Emanzipierung nach Kräften widersetzen würden. Auch ein noch so beherztes „Die inkludieren wir!“ wäre diesbezüglich wohl wenig hilfreich.

.) Wie kann der AHS-Klientel erklärt werden, dass die Gesamtschule für sie ein Vorteil sein kann, aber auch kein Nachteil sein muss? Die bloße Eröffnung eines dahingehenden Dialoges, wäre ein enormer Fortschritt.

.) Wo bleibt die Reform der LehrerInnenausbildung mit universitärem Niveau für die PflichtschullehrerInnen?

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die derzeitige Lage eher hoffnungslos ist. Die meisten LehrerInnen und Eltern sind gegen die Gesamtschule, die ÖVP erst recht. Die SPÖ wartet auf ein Wunder und versucht die Zeit bis zu dessen Eintreten mit sogenannter Schulentwicklung auszufüllen. Die AHS Klientel lacht sich ins Fäustchen.

Lassen wir's! In Österreich wird es die Gesamtschule wahrscheinlich nie geben,...

...es sei denn, größere Teile der österreichischen Gesellschaft erkennen den Wert wahrer Gleichberechtigung und beginnen, diese zu wollen und zu leben. Davon sind wir Lichtjahre entfernt.

## Das Dilemma des Reagierens... der GÖD auf den Dienstgeber

Seit langem fordern wir ein neues und modernes (demokratisches) Dienstrecht für alle LehrerInnen. Es ist ja jetzt schon wieder lange her, dass die Bundesregierung bzw. einzelne MinisterInnen verkündeten, ein neues Dienstrecht für alle LehrerInnen entwickeln zu wollen. Was es inhaltlich bringen soll, ist nur vage bekannt gegeben worden. Durch genaueres Hinhören konnte man jedoch erkennen, wohin die Reise gehen sollte: Ein neues Dienstrecht sollte Einsparungen bringen, auch wenn man das so klar nicht gesagt wurde! Die Einstiegsgehälter sollen angehoben werden, die Gehaltskurve abgeflacht werden, insgesamt aber die Lebensverdienstsumme in etwa gleich bleiben – nur sollte das bei einer wesentlichen Erhöhung der Lehrverpflichtung erfolgen. Verkauft soll uns also offensichtlich ein Sparpaket werden.

Spätestens nach dem Erkennen der Lage hätten bei der Gewerkschaft die Alarmglocken läuten müssen. Die Gewerkschaft hätte selbst die Initiative ergreifen und ein modernes Dienstrecht für LehrerInnen entwickeln sollen. Es gehört doch zu den ureigensten Aufgaben einer Gewerkschaft, sich in Absprache mit den Mitgliedern der Entwicklung eines neuen, den Interessen der ArbeitnehmerInnen entsprechenden Dienstrechtes zu widmen. Damit könnte man den Spieß umdrehen, offensiv in Verhandlungen mit dem Dienstgeber gehen und stünde jedenfalls auch nicht wieder als Verhinderer und Betonierer da. Leider hat unsere Gewerkschaft (GÖD) das säumt. Leider blieben wir ÖLI-UG-VertreterInnen in den zuständigen Gewerkschaftsgremien immer in der Minderheit, wenn wir Anträge stellten, welche die Entwicklung – zumindest der Eckdaten – eines für die Gewerkschaft akzeptablen Dienstrechtes stellten. Nun geben die Ministerien – und der allwissende Boulevard – vor, was sie sich unter einem neuen Dienstrecht für LehrerInnen vorstellen und wir hecheln hinterher und kommen kaum nach mit dem Ablehnen grauslicher Vorschläge der Arbeitgeberseite. Die GÖD hat damit überhaupt keine Chance mehr, ihrem Image als „Betonierer“ mit dem überhaupt nichts geht zu entkommen, sondern zementiert dieses Bild auf Dauer ein.

Unsere Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit sehen anders aus. Wir stellen uns eine aktive Gewerkschaft vor, die vorausblickt und vorausdenkt und nicht immer nur auf die Vorstellungen der Arbeitgeber reagiert. Sie sollte die Entwicklung von ArbeitnehmerInnen-gerechten Bedingungen der Berufswelt – unter Einbeziehung ihrer Mitglieder – nachhaltig gestalten. Das heißt, Konzepte für zukünftige Entwicklungen müssen erarbeitet werden um nicht immer auf die Angebote des Dienstgebers reagieren zu müssen, sondern selbst die entscheidenden Impulse zu setzen. Damit könnte auch das seit Jahrzehnten immer wieder nach Verhandlungen gehörte „es hätte noch viel schlimmer kommen können“ oder „wir haben schlimmeres verhindert“ der Vergangenheit angehören.

Karl Ablinger, [ablinger@oeli-ug.at](mailto:ablinger@oeli-ug.at)

## Elementarbildung als Fundament – gemischtes Personal als Qualitätsmerkmal

Mag. Dr. Bernhard Koch  
Universität Innsbruck  
bernhard.j.koch@uibk.ac.at

Der elementaren Bildung, also der Bildung (und Betreuung) von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen, wird im Vergleich zur Schule ein geringerer gesellschaftlicher Stellenwert zugesprochen. Das zeigt sich am unterdurchschnittlichen Gehaltsniveau, am weitgehenden Mangel an graduiertem Lehr- und Forschungspersonal und damit verbunden einem nur rudimentär ausgeprägten wissenschaftlichen Diskurs zur Elementarbildung. Dabei ist in der Bildungswissenschaft inzwischen weitgehend unbestritten, dass den frühen Jahren eine herausragende Rolle zukommt, wenn es um die Herausbildung emotionaler, kognitiver und sozialer Fähigkeiten geht. Kaum eine Debatte um schlechte Leistungen in der Schule, Verhaltensauffälligkeiten etc. bei der nicht darauf hingewiesen wird, dass man mit der Lösung schon im Kindergarten beginnen müsse. Die Politik hat darauf reagiert und die Bildungsausgaben im Bildungsbereich Kindergarten erhöht. Der Anteil des Kindergartens bei den staatlichen Bildungsausgaben stieg von 8,4% (2000) auf 11,1% (2010, Statistik Austria). Doch insgesamt mangelt es der Elementarbildung an der angemessenen Wertschätzung. Wenn etwa honorarige Universitätsprofessoren zur Wissensvermittlung schreiten bringt das lange nicht so viel an Bildungsertrag wie wenn in frühen Jahren investiert wird. Denn „Lernen in einem Lebensstadium erzeugt Lernen im nächsten“.

In einer Reihe von Studien hat man sich auch mit dem möglichen Einfluss eines gemischtgeschlechtlichen Personals in Kindergärten auf die Entwicklung von Kindern und auf die Entwicklung pädagogischer Konzepte beschäftigt (Koch 2012, Aigner/Rohrmann 2012). Vorhandene Untersuchungen zeigen, dass die Bevölkerung, die Kinder, die Eltern, das Personal sowie Verwaltungen und Politik eine Erhöhung des Männeranteils in Kinderbetreuungseinrichtungen begrüßen. Das grundsätzliche Interesse von jungen Männern an Berufen im Bereich der Bildung und im Bereich Kindergarten ist nach den Umfrageergebnissen der Studie „elementar“ mit über 20% überraschend hoch. Dass trotzdem kaum Männer in Österreichs Kindergärten sind, dürfte zum einen mit Ausbildung und Tätigkeitsprofil, zum anderen mit den niedrigen Gehaltserwartungen zu tun haben. Von einem gemischtgeschlechtlichen Personal würden viele Gruppen profitieren:

- die Kinder, die wissen, dass es in der Gesellschaft außerhalb des Kindergartens Frauen UND Männer gibt und eine höhere pädagogische Vielfalt erleben können
- die Mütter und Väter, die wissen, dass ihr Kind im Kindergarten auch „reale“ männliche Bezugspersonen hat
- der Berufsstand, der mit der Loslösung von einer Frauenprofession (Tradition einer „geistigen Mütterlichkeit“) an Image und Status gewinnen könnte.

Männer haben nach Ansicht der befragten pädagogischen Fachkräfte (Frauen und Männer) unterschiedliche Neigungen, dies bringe Vielfalt ins Team. Es wurde darauf hingewiesen, dass Regelkindergärten oft sehr „frauenbestimmte Bereiche“ seien mit wenig Raum für „anderes“ Verhalten. Auf der anderen Seite gibt es viele Hinweise darauf, dass gemischtgeschlechtliche Teams Einfluss auf die Qualität in frühkindlichen Bildungseinrichtungen haben können: Forschungsergebnisse zeigen zum Beispiel, dass Begriffe wie „outdoor“, „Risiko“, „Basteln“, „Sport“, „Bewegung“, „Kommunikation“ etc. für viele Frauen eine andere Bedeutung als für viele Männer haben. Man ist allerdings gut beraten, wenn man dies nicht als „geschlechtsspezifische Wesensmerkmale“ auffasst, sondern in hohem Maße als Produkt eines Geschlechterarrangements. Ländervergleiche zeigen, dass in den nordischen Ländern (mit einem vergleichsweise hohen Männeranteil im Personal) mehr Wert auf outdoor-Lernen gelegt wird als in mitteleuropäischen Ländern. Viele ForscherInnen betonen den Nutzen des outdoor-Bereichs in Bezug auf physische Aktivitäten, soziale Entwicklung und Gesundheit. Der Raum wird zunehmend als Teil des pädagogischen Konzeptes gesehen und inkludiert auch Straßen, öffentliche Plätze, Natur, öffentliche Gebäude, Felder etc. Männer und Frauen scheinen dabei einen unterschiedlichen Zugang zum Outdoorbereich zu haben. In elementarpädagogischen Theorien wird dem Körper und der Bewegung (Motorik) insgesamt eine hohe Bedeutung für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder zugesprochen. Der österreichische Bildungsrahmenplan (Charlotte Bühler Institut 2009, S. 16) stellt beispielsweise klar: „Der Bewegung (...) kommt eine Schlüsselfunktion im Rahmen der Entwicklung kognitiver, emotionaler, sozialer und kommunikativer Fähigkeiten zu.“. Gegenwärtig scheint es so zu sein, dass unter männlichen Fachkräften der Anteil jener, denen „Bewegung“ ein echtes Anliegen ist, deutlich größer ist als bei den weiblichen Fachkräften. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf den Gegensatz zwischen „Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder“ und „Schutz vor Gefahren“ hingewiesen. Kritisiert wird da-

Liebe KollegInnen! Dies ist der 3. Beitrag der Kreidekreisserie **Elementarpädagogik**

bei, dass es gegenwärtig einen Trend dazu gäbe, Sicherheitsbestimmungen zu verschärfen und dabei die Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder immer stärker einzuschränken. Verschiedene Aussagen von InterviewpartnerInnen und Ergebnisse der Fragebogenerhebungen der Studie „elementar“ (Aigner/Rohrmann 2011) deuten darauf hin, dass durch die Präsenz von Männern eine Relativierung des Sicherheitsdenkens stattfindet. Auch das Beispiel „raufen und toben“ zeigt, dass neue Perspektiven durch Männer einfließen können, denn Kinder raufen vor allem mit Männern und das Raufen hat für Kinder Bedeutung als Einüben in ein „Kräftemessen mit klaren Regeln“.

### Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik als Nadelöhr?

Erst Anfang der 80er Jahre wurde der bis dahin rein weibliche Beruf der Kindergärtnerin auch für Männer geöffnet und die Bezeichnung „Kindergartenpädagogin“ geschaffen. Seitdem hat sich sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil männlicher Schüler kontinuierlich erhöht – auf immerhin 4% (2012). Nur ein kleiner Teil dieser Männer scheint allerdings nach Abschluss der Schule den Weg in die Kinderbetreuung zu finden. 2007 arbeiteten insgesamt nur rd. 140 Männer mit einer Ausbildung als Kindergartenpädagogin / Horterzieher / Sonderhorterzieher in Österreichs Kindertageseinrichtungen.

### Folgerungen für Ausbildung und Praxis

Männer in Kinderbetreuungseinrichtungen erfüllen wichtige Funktionen bei der Betreuung und Bildung von kleinen Kindern. Aus aktuellen Forschungen lassen sich folgende Maßnahmen ableiten, die Männer für eine Tätigkeit in Österreichs Kindergärten gewinnen könnten:

- Informations- und Aufklärungskampagnen, die gezielt Burschen und Männer über Ausbildungsmöglichkeiten und Wege in das Arbeitsfeld informieren
- Erhöhung des Einstiegsalters für die Ausbildung, Etablierung von Ausbildungsmöglichkeiten auf Hochschulniveau
- Mehr Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung in der Ausbildung, z.B. Sport & Bewegung oder Erlebnispädagogik
- gesellschaftliche Höherbewertung der Elementarpädagogik.

#### Literatur:

Aigner, Josef/Rohrmann Tim (Hrsg.) (2012). Elementar – Männer in der pädagogischen Arbeit mit Kindern. Barbara Budrich  
Charlotte Bühler Institut (2009). Bundesländerübergreifender Bildungsrahmenplan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich. Wien: bmukk.  
Koch Bernhard (2012). Männer in Österreichs Kinderbetreuungseinrichtungen. Impulse für eine „geschlechtsneutrale“ Professionalität in der Elementarpädagogik. Innsbruck University Press, Innsbruck

# Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB zum Sozialpartnerpapier Bildungsfundamente

Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Bildungsreform (27.2.13)

*Gleiche Bildungschancen für alle* - Österreich kann es sich nicht leisten, Potentiale durch soziale Selektion zu verlieren. (Bildungsfundamente, S.3)

*Optimale Förderung und Unterstützung bei der Bildungs- und Berufswahl sowie bei der Ausschöpfung der individuellen Bildungspotentiale für alle* (S.3)

*Schulpflicht neu denken* - Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nach der Sekundarstufe I soll sich an den individuellen Talenten und Interessen der Jugendlichen orientieren. (S.4, 5)

## Alle fördern heißt

soziale Selektion + Notenlernen überwinden

## Die UG begrüßen das Sozialpartner-Bekenntnis zur Förderung aller Kinder und Jugendlichen („Paradigmenwechsel“) – Kritik am Ausblenden von Grundsatzfragen

Die österreichischen Sozialpartner fordern mit den Bildungsfundamenten 2013 einen radikalen Paradigmenwechsel. Die Schule der Zukunft sollen das **Erkennen und Fördern von individuellen Stärken** auszeichnen und **nicht mehr negative Auslese und Notendruck**.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB und in der GÖD begrüßen den gemeinsamen Vorstoß von ÖGB, BWK, AK und LWK und seine aktuellen Reformvorschläge, insbesondere

- das **2. verpflichtende und kostenlose Kindergarten- bzw. Vorschuljahr** mit der verstärkten Förderung in der Muttersprache der Kinder, also nicht nur in Deutsch,
- die **Förderung der individuellen Stärken und Interessen** und die nachhaltige Unterstützung aller Kinder/Jugendlichen bei der Bildungs- und Berufswahl durch
- den **qualitativen Ausbau der Berufs- u. Bildungswegorientierung ab der 7. Schulstufe** und die Bereitstellung des notwendigen qualifizierten sozialpädagogischen Personals (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen mit Zusatzqualifikation)

on) für individuelle Beratung und Begleitung der SchülerInnen bei der Bildungswegentscheidung für die Sekundarstufe 2 (Berufsschule, BMHS, gymn. Oberstufe),

- **Qualitätsverbesserungen im Bereich der Lehre** und die Aufwertung von Lehrabschlüssen

- **Schulabschlüsse kostenfrei nachholen**

Aber: Die Rücksichtnahme auf ÖVP-Wahlkampf 2013 und den restriktiven Budgetpfad der SPÖ-ÖVP-Regierung behindert das Mobilisieren für und das Umsetzen der Sozialpartner-Forderungen.

**Kritisch** sehen die UG folgende Punkte, weil wir **keine Verkürzung** und/oder Verschiebung, **sondern Verbesserung** der Ausbildung in der Sekundarstufe 2 wollen:

- die **Orientierung des Pflichtschulabschlusses am Erreichen der Bildungsziele einer neu definierten 9. Schulstufe**, am Kompetenz-Nachweis für die Mindeststandards (D, E, M) und der Dokumentation der für die Sekundarstufe 2 getroffenen Bildungswegentscheidung,
- die **Neuorganisation einer 9. Schulstufe**, in der **Berufspraktika (Polytechnische Angebote)**, **Grundlagen höherer beruflicher Bildung (BMHS)** bzw. **vertiefter Allgemeinbildung (gymnasiale Oberstufe)**, aber auch **Module zum Nachholen von Standard-Kompetenzen** angeboten werden, damit die Bildungswegentscheidung BS-BMHS-AHS gut begründet getroffen wird
- **individuelle Gestaltungsmöglichkeiten und flexible Dauer der Sek. 2 (Modul-/Kursystem)** ab der 10. Schulstufe: BS 3-4 Jahre, BHS 4-5 Jahre, AHS 3-4 Jahre

**Bildungsbudget als soziale Frage, gemeinsame Pflichtschule und gemeinsame Bundes-Schulkompetenz durchsetzen!**

## UG unterstützt ÖGB-Bildungsoffensive zum ÖGB-Kongress 2013

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen kritisieren am Sozialpartnerpapier das Ausklammern grundlegender Fragen, über die am Beginn des Wahljahres 2013 allem Anschein nach kein Einvernehmen

mit bzw. in der ÖVP herzustellen war. Der überparteiliche ÖGB ist gefordert, denn der von den Sozialpartnern angedachte Reformprozess und der Paradigmenwechsel im Interesse aller Kinder und Jugendlichen in Österreich braucht

- **Ausweitung des Bildungsbudgets** (Vermögenssteuern, Schulverwaltungsreform),
- **Bundeskompentenz** für Kindergarten (Rahmenrichtlinien), für Schule (Volksschule, Sekundarstufe 1 und 2, Berufsschule, BMHS) statt teure Mehrgleisigkeiten
- **universitär ausgebildete und entsprechend bezahlte BundeslehrerInnen** (Master für alle Schulstufen) und **ElementarpädagogInnen**
- **Ende des Anstellungsstopps im öffentlichen Dienst** – Arbeitsplätze schaffen für **Bildungswegbegleitung, für Sozialpädagoginnen, PsychologInnen und Verwaltungstätigkeiten** im Schulbereich.

Es liegt in der Verantwortung des ÖGB, beim ÖGB-Kongress 2013 die grundlegenden **Bildungsziele** und **Bildungsreformen im Interesse der ArbeitnehmerInnen** zu beraten, zu beschließen und dafür in Gewerkschaften, Betrieben, Dienststellen und in der Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen werden dazu ihren Beitrag leisten, auch in der GÖD und in den standes-, landes- und bundespolitisch zersplitterten LehrerInnengewerkschaften:

**Jeder Mensch hat das Recht auf bestmögliche Bildung,**  
kein Kind darf beschämt,

niemand darf zurückgelassen werden!

Den Unabhängigen GewerkschafterInnen geht es nicht um Gewinnmaximierung und Standortkonkurrenz, ArbeitnehmerInnen brauchen mehr als eine auf Ausbildung und ökonomische Verwertbarkeit reduzierte Bildung:

**Demokratie, die Teilnahme möglichst vieler Frauen und Männer am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben braucht allgemein und beruflich gebildete, eigenständig denkende und solidarisch handelnde Menschen.**

[www.ug-oegb.at](http://www.ug-oegb.at)

## Berichte aus Afrika und Asien

### Othmar Zendron aus dem Sabbatical

Seite 7a in [www.oeli-ug.at/krkr1302.pdf](http://www.oeli-ug.at/krkr1302.pdf) war bereits ein Bericht aus Uganda von unserem ÖLI-Funktionär in der Auszeit. Nun haben wir seine Berichte auf unsere Website gestellt. Weitere folgen hoffentlich (aktuell ist er am Landweg über Kasachstan, Uzbekistan, Nepal nach Indien): [www.oeli-ug.at/index.php?id=140](http://www.oeli-ug.at/index.php?id=140) (auf [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at) „ÖLI-Tagebuch“ klicken). 2008 bis 2011 haben im Tagebuch einzelne von uns eher selten geschrieben.

Nun verwenden wir's für Reiseberichte.)

Von September bis Jänner ist Othmar durch Ostafrika gereist und gibt uns viele Einblicke in das Leben der Menschen dort. Aber nicht nur sehr realistische Schilderungen sowie Imperialismus- und Sozialkritik, sondern auch Humor und sogar Rätsel sind in den Reiseberichten zu finden. Wie lange dauert eine Zufahrt von Lubumbashi bis Kabalo, wenn's nicht ganz glatt läuft (genau 65 Stunden sind laut [www.fahrplancenter.com](http://www.fahrplancenter.com) für die 1047 km vorgesehen)? Ein kleiner Hinweis: Obwohl Othmar schon vor 13 Jah-

ren Afrika bereiste und aus jener Erfahrung für die Reise diesmal Verzögerungen von 100% einplane (2-4 Monate), war der Rückflug nicht am 25.12. (oder gar 25.10.), sondern Anfang Februar. Dafür können wir nun umso mehr Details nachlesen.

VIELEN HERZLICHEN DANK!

Wir wünschen ihm und Wanda für die gerade laufende Asienreise alles Gute, das notwendige Glück, die erforderliche Gesundheit und vor allem wieder viele gesprächige Menschen. Und freuen uns auf die weiteren Berichte.

Buchtipps

**Ernst Schmid:  
„Mord im Himmelreich“  
und „Im Himmelreich ist  
der Teufel los“**

Kehrwasserverlag, ISBN 978-3902786067  
und 978-3902786135

Krimis eines Hauptschullehrers, gespickt mit Charme und Humor und einer ordentlichen Portion an Sozialkritik. Leserbericht von **Ambros Gruber**

Der schon seit längerer Zeit unter die Krimi-Autoren gegangene in Linz wohnhafte Hauptschullehrer Ernst Schmid ([www.krimiautoren.at/autor\\_ernst\\_schmid.html](http://www.krimiautoren.at/autor_ernst_schmid.html)) hat in den letzten beiden Jahren die literarische Welt mit zwei Krimis bereichert, wo er eindringlich, aber voll Humor die Probleme von Menschen mit Migrationshintergrund in der tiefsten Provinz schildert. „**Mord im Himmelreich**“ ist der erste davon. Kemal Özyilmazkorucu, Wiener mit türkischem Migrationshintergrund, wird straf-

versetzt nach Andling im Mühlviertel, also in ein kleines Kaff, wo er unter einem eingebildeten, aber umso dümmere Vorgesetzten genauso leidet wie unter den gaffenden Blicken der Dorfbewölkerung. Als Kemal beschließt, dem Dorf so schnell wie möglich den Rücken zu kehren, passiert ein abscheulicher Mord im „Himmelreich“, dem Ortsteil, in dem auch er wohnt. Ein Bauer treibt tot in einer Jauchengrube. Der mutmaßliche Täter ist schnell gefunden. Obwohl sein Vorgesetzter den Fall für abgeschlossen erklärt, verspricht Kemal der Tochter des Hauptverdächtigen, die Unschuld ihres Vaters zu beweisen. Allen Widerständen zum Trotz nimmt Kemal die Ermittlungen auf...

„**Im Himmelreich ist der Teufel los**“ Der zweite Roman mit Kemal Özyilmazkorucu, dem türkischstämmigen Wiener, nun Polizist in Andling. Kemal verbringt seinen Urlaub in Wien bei seiner Familie. Er kann es kaum erwarten, wieder nach Andling zurückzukehren. Seine Mutter will ihn verheiraten und setzt ihm ein Ultimatum. Und er weiß: sie meint es ernst! Plötzlich ist im Mühlviertel

der Teufel los. Ein Toter, ein auf eine Haustür genageltes geköpftes Huhn und das Eintreffen eines schleimigen Geschäftsmannes treiben ihn zurück an seinen neuen Dienstort... Ein Krimi, gespickt mit Charme und Humor und einer ordentlichen Portion an Sozialkritik!



Quellenangabe für die Buchumschläge: <http://www.ernstschmid.at/mord-im-himmelreich/>, bzw. <http://www.literaturblog.at/2013/02/ernst-schmid-im-himmelreich-ist-der-teufel-los/>, 18.3.2013, 18.07 Uhr.

**Schule der 10- bis 14-Jährigen  
Vorarlberg untersucht**

**LH Wallner vergibt Auftrag für ein wissenschaftlich begleitetes Projekt. Weshalb macht er das?**

Laut Pressemitteilung ist das Ziel des wissenschaftlich begleiteten Projektes eine *Beschreibung und Bewertung von Modellen der Sekundarstufe I der 10- bis 14-Jährigen*. Dies soll insbesondere auf Grundlage der *zukünftigen Herausforderungen* und der *gesellschaftlichen Rahmenbedingungen* erfolgen.

Klingt beim ersten Hinhören soweit gut und auch irgendwie interessant. Wären da nicht das in den letzten Jahren stetig schwindende Vertrauen und das damit einhergehende kontinuierlich wachsende

Grundmisstrauen gegenüber der Bildungspolitik der Vorarlberger Landesregierung. Und wäre da nicht die unglückliche personelle Besetzung der Arbeitsgruppen.

**Was will die Vorarlberger Landesregierung mit dem Projekt „Schule der 10 – 14 Jährigen“ wirklich erreichen?** Fragt sich der (erfolgreich) misstrauische Beobachter der Vorarlberger Bildungspolitik. Indizien für eine Antwort finden wir in der Besetzungsliste in der Projektorganisation.

**Nomen est omen – der Lenkungsausschuss:** Welchen Teil der Vorarlberger Gesellschaft der Projektauftraggeber im Rahmen der *wesentlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen* analysiert haben will, zeigt die personelle Besetzung des obersten Gremiums. Im Wesentlichen besteht der Lenkungsausschuss aus Funkti-

onären der Vorarlberger Landesregierung und der Vorarlberger Wirtschaftskammer.

**Schulpraxis ist nicht so wichtig:** Von 39 Expert/innen finden sich gerade einmal je 4 aus NMS und AHS. Man muss den restlichen 31 Expert/innen fairnesshalber zumindest ihre eigene Schulzeit als Praxis anrechnen. Wenigstens findet sich der Schul- und neuerdings auch Sterbeexperte Salcher nicht auf der Besetzungsliste.

**Böse Lehrer/innen-Lobby:** Viele Funktionär/innen braucht das Projekt: Vertreter/innen der Wirtschaftskammer, der Elternvereine, der Schulaufsicht und der Landesregierung am Projekt beteiligt. Nur die die gewählten Vertreter/innen der (betroffenen) Lehrer/innen aus der NMS und der AHS sind unerwünscht.

**Kein gutes Omen** Die direkt Betroffenen Lehrer/innen sind im Projekt *Schule der 10 – 14 Jährigen* stark unterrepräsentiert. Sie haben also de facto so gut wie keinen Einfluss auf die Gestaltung eines Schulmodells, in dem sie zukünftig unterrichten sollen. Obwohl es eh jeder weiß: Zustimmung und Akzeptanz zukunftsorientierter Projekt bedingt die Möglichkeit der Mitgestaltung und Mitarbeit der Menschen, die in der Alltagsarbeit das Projektergebnis in der Praxis umsetzen müssen und erst erfolgreich machen können.

**Lang, lang wird es dauern:** Laut der Projektleiterin kann frühestens 2015 mit einem Ergebnis gerechnet. Also wird bis 2017 nix passieren. Könnte das vielleicht schon die Antwort auf die oben gestellte Frage sein? Oder ist es nur ein „Meilenstein“ im Projekt „Verhinderung der Gesamtschule“?

**Manfred Sparr, [sparr@oeli-ug.at](mailto:sparr@oeli-ug.at)**



# Neues LehrerInnen-Dienstrecht: *Jahrhundertgesetz* oder Sparpaket-Huschpfusch auf Kosten der LehrerInnen?

**ÖLI-UG fordert verbindliche Finanzierungszusagen der Finanzministerin und zukunfts-taugliche Gesetzesvorlage für ein demokratisches Dienstrecht ohne Arbeitszeiterhöhung**

**LehrerInnen und LehramtsstudentInnen sehen schwarz**

Trotz Geheimhaltung berichten Zeitungen detailliert über die Regierungspläne zum LehrerInnendienstrecht: Verbilligung der LehrerInnenarbeit durch Arbeitszeiterhöhung (*Lehrpflichtserhöhung bis 40%*) und durch Gehaltskürzungen bei der Lebensverdienstsumme (trotz höherer Einstiegsgehälter). Die Finanzministerin will an der chronischen Unterdotierung von Schule, Bildung und Ausbildung festhalten und LehrerInnendienstposten sparen.

**Bessere Ausbildung und Qualifikation kosten.**

Die Regierung will eine universitäre, wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte PädagogInnenbildung auf Master-Niveau für alle LehrerInnen und damit längere Studiendauer und Akademikergehälter für künftige rund 80.000 der ins-

gesamt 120.000 LehrerInnen. Die höheren Ausbildungs- und Gehaltskosten machen zusätzliche Bildungsausgaben notwendig.

**Die ÖLI-UG fordert von der Bundesregierung:**

- **L1-Akademikergehälter (bisheriger AkademikerInnenbezug der meisten AHS- und BMHS-LehrerInnen)** für alle neu eintretenden LehrerInnen (Master-Ausbildung für alle)
- **Kippen der Gehaltskurve zur Anhebung der Einstiegsgehälter bei unverminderter L1-Lebensverdienstsumme** und ohne lebenslängliche Erhöhung der Jahres- bzw. Wochenarbeitszeit (ÖLI-UG: derzeitiges Durchschnittsgehalt von 3800 Euro brutto)
- **Optionsrecht zwischen altem und neuem Dienstrecht**
- **Stärkung der Eigenverantwortung der LehrerInnen, Demokratie statt Weisungswillkür**

**Gewerkschaftsdemokratie leben – Information und Urabstimmung vor Zustimmung**

Von der Gewerkschaft öffentlicher Dienst erwarten die Unabhängigen GewerkschafterInnen das Ende der Geheimhal-

tungspolitik, die rasche und umfassende Information der KollegInnen über Nachbesserungs-Angebote (Geheimgespräche auf höchster politischer Ebene) und konkrete Forderungen der Gewerkschaftsverhandler und des GÖD-Vorsitzenden Neugebauer.

**Die ÖLI-UG fordert von den GÖD-LehrerInnengewerkschaften:**

- **Sachinformation statt Geheimhaltung**
- **Gewerkschaftliche Betriebsversammlungen an den Schulen**
- **Urabstimmung in den 5 LehrerInnen-gewerkschaften: JA oder NEIN zum Verhandlungsergebnis!**

**Zeitfaktor / Parlamentsauflösung sind kein Argument gegen Urabstimmung**

Über den Regierungsentwurf wird seit 3. Mai 2012 (!) *geheim und ergebnislos* verhandelt. Wenn der Bundeskanzler mehr als 50% Zustimmung der LehrerInnen will, müssen diese befragt werden: Die Zeit für die Urabstimmung ist den Regierungsparteien zumutbar. Besser ein gutes und von der Mehrheit der LehrerInnen getragenes Dienstrechtsgesetz 2014 als ein Sparpaket-Huschpfusch in letzter Minute vor der Auflösung des Nationalrates im Juni 2013.

**Anfragen/Infos, Kreidekreisabo:**  
a@oeli-ug.at

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at Name, Schule, Anzahl.

Einzahlungen auf das PSK-Konto der ÖLI-UG:  
BIC: OPSKATWW, IBAN: AT526000000078420320

**Neulehrer/in? 80 Seiten Skriptum viel zu viel?**  
Mail deine Fragen an: a@oeli-ug.at

**ÖLI-Skriptum:**  
oeli-ug.at/?id=105:

In *Service, Dienstrecht* steht unser **80-Seiten-Skriptum** (Dienst-/Schul-/Besoldungs-/PV-Recht) zum Herunterladen oder Bestellen auf Papier.

**Unabh. Gewerksch. fordern Gehaltsverhandlungen JETZT 6,5% und 150 € Mindestbetrag ab 1.1.2014**

Wir fordern die öffentliche Hand als Dienst- und Fördergeber auf, sich vom Nulllohnrundendiktat zu verabschieden!  
Die Nulllohnrunde 2013 war wirtschafts- und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv!

"Mehr Beamtenlohn noch vor der Wahl fixieren", das will GÖD-Vorsitzender Neugebauer in der Presse vom 11.3.2013.

Die UGöd unterstützt dieses Anliegen und **fordert:**

- **6,5 %** zur Inflationsabgeltung 2012+2013 und zur Abgeltung der ständig steigenden Arbeitsbelastung (immer weniger Dienstposten für immer mehr Aufgaben)
- **150 Euro Mindestbetrag** zur Anhebung der Kaufkraft junger KollegInnen und niedriger Lohngruppen
- **Aufhebung des Anstellungsstopps** zur nachhaltigen Sicherung der Qualität der öffentlichen Dienste.
- **LehrerInnendienstrecht:** Keine Zustimmung ohne demokratische Urabstimmung über Verhandlungsergebnisse
- **Gehaltsreform:** Anhebung aller Anfangsbezüge ohne weitere Arbeitszeiterhöhungen.

Offensive Ansagen in der Presse sind ein Anfang, aber nicht genug! Starke Sprüche sind kein Ersatz fürs Informieren und Mobilisieren der betroffenen ArbeitnehmerInnen! Die Einberufung einer GÖD-Bundeskonzferenz ist dringend notwendig, um Forderungen und gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung von Gehaltsforderungen zu beraten.

Glück auf! Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner – UGöd-Vorsitzende, [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at)

**Albanien – geheimnisvolles Land der Skipetaren – 24.-31.8.2013**

mit Besichtigungen in Montenegro und Dubrovnik  
Unser Kollege Richard Hussl organisiert eine Studienreise am Ende der ostösterreichischen Sommerferien und wir verbreiten das gerne.

Ausschreibung/Anmeldung der Studienreise findet ihr in [www.oeli-ug.at/Albanien201308Ausschreibung.pdf](http://www.oeli-ug.at/Albanien201308Ausschreibung.pdf) bzw. [www.oeli-ug.at/Albanien201308Anmeldeformular.pdf](http://www.oeli-ug.at/Albanien201308Anmeldeformular.pdf).

**Arbeitszeitbelastung beachten**

*Für jede zusätzliche neue Arbeitszeitbelastung muss eine entsprechende Entlastung von anderen Tätigkeiten erfolgen. Das gilt insbesondere für unbezahlte Tätigkeiten. Wenn das nicht möglich ist, dann hat der Dienstgeber das für diese Aufgabe notwendige zusätzliche Personal einzustellen oder (im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit einer Überschreitung der Wochenarbeitszeit um maximal 25%) Überstunden zu bezahlen. (siehe Seite 1 und Editorial Seite 2)*